



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3738  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Astrid Koba

Wiesbaden, 20.06.2013

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 25. Juni 2013, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. **Genehmigung der Niederschrift vom 14.05.2013**

2. **13-F-33-0056**

Kontakte zu US-Amerikanern  
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 19.06.2013 -

Der Kontakt zu Mitgliedern der US-amerikanischen Streitkräfte ist nicht erst seit dem Umzug des europäischen Hauptquartiers in die Landeshauptstadt ein wichtiges Thema in Wiesbaden.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten

1. Welche Aktivitäten zwischen der Stadt Wiesbaden und den US-Amerikanern derzeit bestehen.
2. Welche Aktivitäten von bürgerschaftlicher (privater) Seite mit den in Wiesbaden lebenden US Bürger derzeit bestehen (z.B. deutsch-amerikanischer Frauenverein ö. Ä.).

3. Welche weiteren Aktionen seitens der Stadt Wiesbaden geplant sind, um die Wiesbadener Bürger und die in Wiesbaden lebenden US Bürger zusammenzuführen.
4. Wie der Umzugszeitplan hinsichtlich der Verlagerung der US-Streitkräfte von Heidelberg nach Wiesbaden aussieht (wann ist der Umzug abgeschlossen?).

### 3. 13-F-03-0063

Existenzgründungen von Migrantinnen und Migranten  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 27.05.2013 -

Laut Prognosen des Deutschen Industrie und Handelskammertages (DIHK) wird das Gründungsinteresse von Migrantinnen und Migranten weiter zunehmen. „Wir rechnen damit, dass Existenzgründer mit Migrationshintergrund bis zu 100.000 neue Arbeitsplätze schaffen“, äußerte DIHK-Migrationsexperte Marc Evers gegenüber der Frankfurter Rundschau (13.01.2012). Ende 2011 wurde eine vom Bundeswirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie veröffentlicht, in der auch ein deutlicher Anstieg von Unternehmensgründungen von Personen mit Migrationshintergrund festgestellt wurde. Zwischen 2005 und 2009 hat sich die Anzahl der pro Jahr von Migrantinnen und Migranten gegründeten Unternehmen um ein Viertel auf 130.000 Betriebe erhöht, was ca. 30 Prozent aller Existenzgründungen entspricht.

Jedoch sei das Gründungsgeschehen durch eine „hohe Fluktuation und eingeschränkte Nachhaltigkeit“ geprägt. Zur Erhöhung der Nachhaltigkeit sei besonders eine effektive Beratung notwendig. Die „noch weit verbreitete Unwissenheit über das Angebot qualifizierter Beratungsangebote“ sei ein Problem. Deshalb sei „eine bessere Einbindung in bestehende allgemeine Beratungsangebote“ anzustreben. Empfohlen wird eine „stärkere Sensibilisierung und Aufklärung der Akteure der Gründungsförderung zum Potential und zur Praxis der Gründungsaktivitäten durch Personen mit Migrationshintergrund“. Für die stärkere Nutzung der allgemeinen Angebote der Gründungsförderung und -beratung seien „die Bekanntheit der entsprechenden Einrichtungen zu steigern und der Zugang für diese Zielgruppe zu erleichtern. Hierzu sollte ein interkulturelles Marketing von Förderinstitutionen und -programmen angestrebt werden.“

Auch der Wiesbadener Integrationsbericht stellte fest, dass die Zahl von Gewerbeanmeldungen durch Migrantinnen und Migranten steigt, obwohl die Gesamtzahl der Neugründungen gesunken ist. Jedoch scheitert ein besonders hoher Anteil schon im ersten Jahr. Beratungsangebote werden noch zu selten genutzt.

Deshalb wird empfohlen, in bestehenden Einrichtungen, wie zum Beispiel Exina oder Berufswege für Frauen, migrationssensible Formen der Existenzgründungsberatung zu implantieren.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,  
in Kooperation mit der Frauenbeauftragten zu berichten,

1. in wieweit es für Migrantinnen und Migranten zugeschnittene Formen der Existenzgründungsberatung gibt
2. ob es Überlegungen, bzw. Vorarbeiten gibt, diese weiter zu entwickeln
3. und wie diese Bevölkerungsgruppe über bestehende und zukünftige Angebote informiert wird oder werden könnte.

#### 4. 13-F-08-0051

Übertragung der Bürgermeistervereidigung ins Internet  
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Die Amtsübergabe von Herrn Dr. Müller auf Sven Gerich soll live übertragen werden. Per Video. In den Festsaal. Um mehr Menschen an dem Ereignis teilhaben lassen zu können.

Anscheinend stellt die Aufzeichnung der Staffelübergabe für die Mitglieder der Stadtverordnetenfraktionen keine Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte dar, entgegen der Aussagen im Rahmen der Verhandlungen unseres Antrags zum Thema Rathaus TV.

Nichts desto trotz begrüßen wir diesen Vorstoß.

Auch wenn wir glauben, dass die Bürgerinnen und Bürger auch bei „normalen“ Stadtverordnetenversammlungen das Recht haben sollten, ihren Politikern bei der Arbeit über die Schulter zu schauen.

Wir möchten anregen, diesen Abend als Testlauf zu gestalten. Wäre doch schön, wenn die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger vom Rechner aus dabei zuschauen könnten, wie Ihr gewählter Oberbürgermeister sein Amt antritt.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten alle Vorbereitungen zu treffen, die Sitzung am 01.07.2013 nicht nur in den Festsaal, sondern auch per Livestream ins Internet zu übertragen.

#### 5. 13-F-03-0064

Gedenkstätte Krautgartenschule  
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 11.06.2013 -

In den letzten Wochen waren der Presse (u.a. taz/FAZ) Informationen zum Abbau einer Gedenkstätte für Sinti & Roma an der Krautgartenschule zu entnehmen. Die gedruckten Informationen widersprachen sich teils erheblich.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1) ob es sich bei dem Schaukasten in der Krautgartenschule um eine Gedenkstätte handelte;
- 2) ob dieser Ort vom Dokumentationszentrum der Sinti & Roma in Heidelberg als solche gelistet war.
- 3) Falls ja, ob diese Gedenkstätte wie angegeben entfernt wurde.
- 4) Falls ja:
  - a) ob es vorher Kommunikation mit den Angehörigen von Maria Theresia Lehmann gab;
  - b) ob alle Exponate aus Familienbesitz an die Angehörigen zurückgegeben wurden.

## 6. 13-F-08-0052

Transparenz in Aufsichtsräten und Städtischen Gesellschaften  
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Die Stadtpolitik besteht nicht nur aus Ortsbeiräten, Ausschüssen und Stadtparlament. Stadtverordnete sowie weitere gewählte Vertreter aus der Bürgerschaft engagieren sich in Aufsichtsräten und Betriebskommissionen stadteigener Betriebe.

Transparenz bedeutet, auch diese Gremien und ihre Mitglieder auf der Homepage darzustellen.

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung Völkerverständigung und Integration möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, auf der Homepage der Stadt Wiesbaden, zusätzlich zu den vorhandenen Gremien (Ortsbeiräte, Ausschüsse, etc.), auch die Aufsichtsräte und die Betriebskommissionen der Eigenbetriebe der Stadt Wiesbaden sowie deren gewählte Mitglieder aufzulisten.

## 7. 13-F-08-0053

Aktualisierung des Internetauftritts der Stadt Wiesbaden  
- Antrag von Linke&Piraten vom 19.06.2013 -

Der Internetauftritt der Landeshauptstadt Wiesbaden ist veraltet. So fehlen beispielsweise Auskünfte zu einigen stadteigenen Betrieben.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten,

- ob die geplante Projektgruppe zur Erarbeitung eines Umsetzungsplans für die zukünftige Ausgestaltung des PIWI bereits getagt hat;
- wann die Umsetzung des Beschlusses Nr. 0599 der Stadtverordnetenversammlung vom 11. Dezember 2008, die Voten der einzelnen Stadtverordneten transparent darzustellen, voraussichtlich erfolgen wird;

2. die fehlenden Informationen über die stadteigenen Betriebe auf der Homepage zu ergänzen.

## 8. BERICHT DER DEZERNENTIN

## 9. 13-V-33-0001

DL 26/13-2

Integrationsbericht 2012

**10. 13-V-30-0005** **DL 18/13-4**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim)

**11. 13-V-30-0006** **DL 18/13-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IX (Wiesbaden-Breckenheim/Medenbach/Igstadt)

**12. 13-V-30-0007** **DL 18/13-6**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden XI (Wiesbaden-Nordenstadt/Delkenheim)

**13. 13-V-30-0008** **DL 26/13-1**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden IV (Wiesbaden-Dotzheim/Frauenstein)

**14. VERSCHIEDENES**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender